

Über eine andere Verteilung der Arbeit verhandeln - und über eine andere Verteilung der Einkommen.

„Das Problem der Arbeitszeit hat Besseres als die lächerliche Debatte vor ein paar Jahren verdient“, sagte am 23.10.2010 der für Beschäftigung zuständige Präsident des französischen Arbeitgeberverbandes. „Heute ist es bis zum Alter von 28 oder 30 Jahren sehr schwierig, eine feste Beschäftigung zu finden. Zwischen 30 und 40 verlangt man dann von den Leuten, Vollzeit zu arbeiten und alles gleichzeitig: Privat- und Berufsleben erfolgreich zu meistern. Mit 55 schließlich entsorgt man sie wie ein gebrauchtes Taschentuch und verlangt gleichzeitig, länger in die Rente einzuzahlen. Das ist objektiv unsinnig, man muss die Debatte über eine andere Verteilung der Arbeit über das ganze Erwerbsleben neu eröffnen“, fuhr Benoit Roger-Vasselín gegenüber der erstaunten Zuhörerschaft fort.

Die gegenwärtige Arbeitszeitverteilung ist unsinnig, denn:

Auf der einen Seite stehen alle, die wöchentlich Null Stunden arbeiten, weil sie arbeitslos sind.

Auf der anderen Seite stehen alle, die Vollzeit und mehr arbeiten; die reale Arbeitszeit einer Vollzeitstelle beträgt laut Statistikbehörde mehr als 38 Stunden.

Und dazwischen all diejenigen, die sich mit kleinen Teilzeitstellen über die Woche oder das Jahr durchschlagen müssen.

Diese Art von Arbeitszeitverteilung ist unsinnig, denn sie führt zu einem enormen Leiden sowohl bei denen, die 0 Stunden pro Woche arbeiten, wie auch bei denen, die Vollzeit arbeiten und mehr und mehr gezwungen sind, schlecht bezahlte oder stressige Arbeit zu machen, weil sie Angst haben, beim nächsten Sozialplan dabei zu sein („wenn du nicht zufrieden bist, kannst du ja gehen“). Diese Arbeitszeitverteilung dient vor allem den Interessen der Aktionäre, deren Einkünfte noch nie so hoch waren wie zur Zeit.

Wie man es auch betrachtet, eine bestimmte Arbeitsverteilung existiert in allen Ländern: in den USA gab es schon vor der Subprimekrise dermaßen viele kleine Stellen mit 10 oder 15 Wochenstunden, dass die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 33,7 Stunden betrug. Diese Zahlen widersprechen allem, was man uns über das „amerikanische Wirtschaftswunder“ immer wieder einredet, aber es sind die offiziellen Zahlen: Im Jahr 2005, vor der Krise und in einer starken Wachstumsphase, betrug die durchschnittliche Arbeitszeit aller Beschäftigten weniger als 34 Stunden, während sie in Frankreich, unter Einschluss aller Beschäftigten, 36,3 Stunden betrug.

Genauso in Deutschland, wo nach den Zahlen des Arbeitsministeriums vor der Krise von 2008 und der Einführung der Kurzarbeit, die aus Deutschland ein Modell der Vollbeschäftigung machte, die durchschnittliche Arbeitszeit unter Ausschluss der Arbeitslosen 30,3 Stunden betrug. 2010 ist sie auf 30,05 Stunden gefallen.

33,7 Stunden in den USA, 30,05 Stunden in Deutschland...In allen Ländern, ob wir es wollen oder nicht, produziert man mehr mit weniger Arbeit.

Wir erleben eine Revolution, die die Menschheit noch nie gesehen hat.

Während es 140 Jahre dauerte, bis sich die Produktion zwischen 1820 und 1960 verdoppelte, hat sie sich seit 1960 verfünffacht. Die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts oder die Erfindung des Fließbands im 20. Jahrhundert bedeuten Produktivitätsgewinne, die lächerlich wirken, vergleicht man sie mit den Zuwächsen der letzten 30 Jahre.

Das gab es noch nie. Eine wahre Revolution! Noch nie in der Geschichte der Menschheit gab es eine derartige Umwälzung. Dank der Vervielfachung von Robotern und Computern ist die Produktivität der menschlichen Arbeit unermesslich angestiegen. Es ist ein weltweites Phänomen, aber Frankreich ist auf dem Gebiet der Produktivität eines der führenden Länder weltweit.

Frankreich gehört auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität zu den weltweit führenden Ländern.

„Ich habe eine bislang selten gemachte Berechnung durchgeführt“, erklärt Jacques Marseille, Professor an der Sorbonne. „Ich habe das französische BIP durch die Produktivität eines britischen oder japanischen Arbeiters geteilt. Mit deren Produktivitätsniveau, das weitaus niedriger als unseres ist, bräuchten wir 5 Millionen Arbeiter mehr, um dasselbe zu produzieren. Was heißt, dass die Arbeitslosigkeit in Frankreich kein Problem mehr wäre...“
Le Figaro 2.2.2004

Das ist ein zentraler Punkt. Absolut zentral, um die „französische Besonderheit“ zu verstehen: Wir haben eine sehr hohe Produktivität. Die Engländer oder die Japaner, die ja keine Dummköpfe sind, haben eine deutlich geringere Produktivität als wir; wenn man Eurostat zufolge für die durchschnittliche Produktivität pro Stunde (die Menge des im Durchschnitt pro Stunde in einem Land produzierten materiellen Reichtums) in den 15 EU-Ländern die Zahl 100 annimmt, beträgt sie für Frankreich 118 und für Großbritannien lediglich 95.

Der Produktivitätsunterschied zwischen diesen beiden Ländern beträgt um die 20%, das durch eine Stunde Arbeit in Frankreich geschaffene Reichtumsvolumen ist also 20% höher als in Großbritannien und 32% höher als in Italien!

Man sollte daher die Kritik an der Mittelmäßigkeit der Franzosen und ihrem Bildungssystem mäßigen...Sicherlich sollte unser Bildungssystem verbessert werden (niemand bestreitet das), aber wenn wir zu den Ländern gehören, deren Produktivität seit 25 Jahren am stärksten gestiegen ist, dann sollte vielleicht nicht alles verworfen werden, was sich in unseren Schulen, unseren Ausbildungsstätten und in unseren Universitäten tut.

Noch mal: „Mit einem englischen oder japanischen Produktivitätsniveau, das weit geringer als unseres ist, bräuchten wir zur Produktion der gleichen Menge 5 Millionen Arbeitskräfte mehr. **Die Arbeitslosigkeit wäre in Frankreich kein Problem mehr...**“

Le Figaro, dem all diese Fragen um die Produktivität entgangen waren, als die Arbeitszeitverkürzung in Frankreich im Zentrum der Debatte stand, hat seither die Wichtigkeit der Frage erkannt:

„Die Produktivitätsgewinne führen nur zu geringen Stellenausweitungen. Selbst ein Wachstum von 9% führte in China im vergangenen Jahr lediglich zu einer Steigerung der Arbeitszeit um ein Prozent. Man sollte aufhören, über die Standortverlagerungen zu lamentieren, die betrifft nur wenige Branchen. Es sind die Produktivitätszuwächse, die weitaus mehr Stellen vernichten.“

Le Figaro 27.1.2006

Schon 1933 erklärte Albert Einstein, dass die verfehlte Nutzung der Produktivitätsgewinne der Jahre 1910 bis 1925 (Ford, Taylor, siehe Charlie Chaplin in Modern Times) der

Hauptgrund der Krise war. „Diese Krise ist grundsätzlich anders als die Krisen davor. Denn sie ist die Folge grundsätzlich neuer Umstände, die durch den rasanten Fortschritt der Produktionsmethoden geschaffen werden. Für die Produktion der Gesamtheit der lebensnotwendigen Konsumgüter ist nur ein Teil der verfügbaren Arbeitskraft notwendig. Und in unserer Art liberaler Ökonomie führt diese Gesetzmäßigkeit notwendigerweise zu Arbeitslosigkeit (...).

Der gleiche technische Fortschritt, der die Menschen von einem Großteil lebensnotwendiger Arbeit befreien könnte, ist verantwortlich für die aktuelle Katastrophe“, schrieb Einstein und forderte „eine Absenkung der gesetzlich erlaubten Arbeitszeit“.

33,7 Stunden durchschnittliche Arbeitszeit in den USA, 31,4 Stunden in den Niederlanden, 30 Stunden in Deutschland... Man sollte mit den falschen Debatten aufhören: Wenn man die seit 40 Jahren in allen Ökonomien realisierten immensen Produktivitätsgewinne mit einbeziehen würde, dann ginge es in der Debatte nicht mehr um das „Ob“ einer Arbeitszeitverkürzung, sondern um das „Wie“. Um eine Arbeitszeitverkürzung, die durch den Markt diktiert wird (mit Prekarität, Stress und ständiger Konkurrenz) oder eine, die durch eine Debatte, ein Referendum oder Verhandlungen zustande kommt.

Die Hauptursache der Krise

Was ist der Hauptgrund für Arbeitslosigkeit und Prekarität, die unsere Gesellschaften seit 30 Jahren zerfressen, was ist der Hauptgrund für die Krise, die seit 5 Jahren besteht? Es ist unsere kollektive Unfähigkeit, die Früchte der immensen Produktivitätsgewinne zu ernten. Denn diese Früchte sind enorm, innerhalb von 30 Jahren produziert die französische Wirtschaft 76% mehr mit 10% weniger Arbeit. Seit 1974 hat sich das Volumen der Produktion fast verdoppelt, während sich die Gesamtzahl der gearbeiteten Stunden (alle Sektoren zusammengerechnet, INSEE) von 41 Milliarden Stunden auf 36,9 Stunden verringert hat. Während in derselben Zeit aufgrund von Babyboom und dem Zutritt von Frauen auf den Arbeitsmarkt die verfügbare aktive Bevölkerung von 22,3 auf 27,2 Millionen Personen gestiegen ist.

Aufgrund der Produktivitätsgewinne benötigt die Ökonomie 10% weniger Arbeit, doch im gleichen Zeitraum ist die Anzahl verfügbarer Personen um 23% gestiegen, wodurch sich eine Kluft von 33% zwischen dem Angebot verfügbarer Stellen und der Nachfrage ergibt.

Zusammengefasst gilt also:

Seit 1974 hat sich das BIP fast verdoppelt: Noch nie gab es einen solchen Überfluss.
 Seit 1974 hat die Produktivität Riesenschritte gemacht: Noch nie waren wir so effizient.
 Seit 1974 ist die Anzahl arbeitender Frauen stark gestiegen und unsere Geburtenrate ist die höchste in Europa: Noch nie wollten so viele Menschen arbeiten.

Eigentlich müssten diese drei Entwicklungen gute Nachrichten sein. Aber weil unser Gesellschaftsvertrag blockiert ist, weil die reale Arbeitszeit seit dreißig Jahren kaum gesunken ist (und wir in der Krise eher zu Verkrampfung als zu Veränderung neigen), endet diese Häufung guter Nachrichten in einem Skandal, in absolutem Unsinn: Anstatt jeden profitieren zu lassen, führen die Produktivitätsgewinne, die Früchte der Anstrengung von allen, zu Massenarbeitslosigkeit der Einen und einem Einfrieren der Löhne und zunehmendem Stress der Anderen.

Eine Kluft von 33% hat sich zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeit aufgetan.

Wenn es in der gleichen Zeit ein Arbeitszeitreduktion um 33% gegeben hätte, wäre die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigen Niveau von 1974 geblieben. Aber die Arbeitszeit für eine Normalarbeit ist kaum gesunken, zwischen 1997 und 2002 real um 4% und seit 2002 ist es der Rechten dank der Ausweitung der „Lockerungsregeln“ gelungen, fast alle Absenkungen rückgängig zu machen, die mit der Einführung der 35 Stundenwoche verbunden waren.

Wenn man der Beschäftigungsstudie von INSEE (2008) zufolge die Überstunden mit einrechnet, liegt die Stundenzahl einer Vollzeitstelle wieder bei 38 Stunden! Überall ist zu lesen und zu hören, dass „Frankreich die 35-Stunden-Woche eingeführt hat“, aber laut INSEE beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit mehr als 38 Stunden!

Ein unerklärliches Paradox! Noch nie haben wir so viel Intelligenz für das ökonomische System aufgewendet, aber noch nie so wenig, um unser Sozialsystem weiter zu bringen. Diesen Unsinn müssen wir stoppen und diesen Skandal beenden.

„Wir müssen die 4-Tage-Woche mit 32 Stunden ohne Übergangsphase einführen. Das ist das einzige Mittel, um die Unternehmen zur Jobschaffung zu zwingen“, sagte Antoine Ribout, Gründer von BSN Danone im September 1992. „Bis 2015 muss die Arbeitszeit um 20 bis 25% gesenkt werden“, war 1995 die Schlussfolgerung der Kommission Boissonat.

„Eine Senkung der Arbeitszeit auf 30 Stunden würde ein Familien- und Privatleben wieder möglich machen“, schrieb Edgar Morin in *Pour une politique de civilisation*.

Seit ihrem Kongress in Montpellier 1995 fordert die CFDT ein Rahmengesetz für die 32-Stunden-Woche. Wie sollte man eine solche Reduzierung der Arbeitszeit finanzieren? Indem man auf die Ausgaben für Arbeitslosigkeit zurückgreift, so der Vorschlag der CFDT seit 20 Jahren, kann man die Schaffung von Arbeitsplätzen finanzieren, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu gefährden. Mehr als 400 Unternehmen haben bereits die 4-Tage-Woche eingeführt, ohne ihre Produktionskosten auch nur um einen Euro zu erhöhen und massiv Stellen geschaffen.

In Krisenzeiten ist es einfacher, mit Ängsten zu spielen und ans Echsengehirn statt an die Intelligenz und den Verstand des Bürgers zu appellieren.

Als 1917 Henry Ford versicherte, dass es kollektiver Regeln bedürfe, um die Löhne steigen zu lassen (damit der Konsum steigt), als Kellogg in seinen Unternehmen die 30-Stunden-Woche einführte – und die Löhne um 12% erhöhte, „um 300 Familienvätern Arbeit zu geben“ – wurden sie von amerikanischen Unternehmern lächerlich gemacht. Ist es in Krisenzeiten nicht besser, sagt der gesunde Menschenverstand, mehr zu arbeiten und etwas weniger zu verdienen? Genau dieser echsenhirnige gesunde Menschenverstand führte 1929 in die Krise. Dieser gleiche Menschenverstand leitet gegenwärtig auch die Führer der Rechten, wenn sie alle auffordern, mehr zu arbeiten. Doch das einzige Mittel, den Arbeitsmarkt wieder ins Gleichgewicht zu bringen, die Löhne wieder steigen zu lassen, die Renten zu retten, ist eine Frontalattacke auf die Arbeitslosigkeit. Und die wäre, unter anderem, eine starke Reduzierung der Arbeitszeit.

„Unter der Linken befürchten viele, sich der Lächerlichkeit auszusetzen, wenn sie schon wieder mit dem Thema Arbeitszeit anfangen, darüber ist schon viel gesagt worden. Und wie sieht die Bilanz der 35-Stunden-Woche eigentlich aus? Sie sollte eine Etappe in Richtung der 4-Tage-Woche mit 32 Stunden sein – aber wer erinnert sich daran? Man hat Angst, „alte Kamellen“ aufzuwärmen. Aber Angst ist kein guter Ratgeber. Sind wir fähig und in der Lage, uns wieder zu fangen und eine echte Debatte über diese entscheidende Frage zu führen, bevor die Ausbreitung der Prekarität in eine große Krise mündet?“

Michel Rocard und Pierre Larrourou *Le Nouvel Observateur* 21.10.2004

Das Thema Arbeitszeit muss wieder auf die Tagesordnung und ohne Tabus diskutiert werden. Sicherlich mit einer anderen Vorgehensweise als in den 90iger Jahren, mit einem umfassenderen Blick auf die Gesamtheit sozialer Zeiten (die Zeiten von Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Ruhestand, Privatleben...), über die verhandelt werden kann, aber die Frage der Arbeitszeit, auf die die Rechten sich seit 9 Jahren dermaßen eingeschossen haben, darf für die Linke kein Tabuthema werden.

Sicherlich müssen wir uns auch von Verhandlungsmethoden inspirieren lassen, die in anderen europäischen Ländern bessere Ergebnisse gebracht haben. All das ist richtig, aber es wäre absolut dramatisch, wenn die Frage der Arbeitszeit auf Seiten der Linken ein Tabuthema bliebe.

Zwischen 1900 und 1970 hat sich die Arbeitszeit halbiert, man reduzierte die Arbeitstage von 7 auf 6 und dann auf 5 Tage, wobei die tägliche Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden gesunken ist. Und die Beschäftigten erreichten allmählich eine Urlaubszeit von 5 Wochen. Während die Produktivität ziemlich wenig anstieg, konnte man also die Arbeitszeit halbieren. Doch seit Beginn der 70iger Jahre, seit dem gigantischen Anstieg der Produktivität, sind wir nicht mehr in der Lage, unseren Sozialvertrag anzupassen: Mit gegenwärtig um die 38 Wochenstunden hat sich seit dreißig Jahren nichts geändert.

Noch nie war die Produktivität so hoch und noch nie waren unsere Führungskräfte so unfähig, sich darüber Gedanken zu machen. Die Geschichte wird wahrscheinlich ein bitteres Urteil über all diejenigen fällen, die heute unfähig sind, Produktivitätsgewinne und Arbeitszeiten zu einem wirklichen Thema zu machen.

Wassenaar 2012

Die Vereinbarung von Wassenaar wurde 1982 von den holländischen Gewerkschaften und Arbeitgebern mit aktiver Unterstützung des Staates unterzeichnet. In den Niederlanden gab es damals eine massive Arbeitslosigkeit (offiziell 9% sowie 13% als erwerbsunfähig eingestuft). Nach mehreren Wochen dreiseitiger Verhandlungen (Gewerkschaften, Unternehmer, Staat) wurde ein neuer Sozialpakt veröffentlicht. In ihm ging es um Löhne, Arbeitszeit, Ausbildung, Renten und um Steuern...

Dank dieser Vereinbarung von Wassenaar wurde die Gesamtheit von Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit um die Hälfte reduziert. Nicht alle Probleme wurden gelöst, aber diese Vereinbarung ist ein Beleg dafür, dass man, im Dialog, indem man alles auf den Tisch bringt, indem man sich die Zeit nimmt, alles gründlich zu diskutieren, indem man sich wechselseitig Konzessionen macht („einerseits Vereinfachung des Arbeitsrechts, andererseits eine Sicherstellung der Beschäftigung“), es schaffen kann, die Arbeitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen.

Lange Zeit wurde die Vereinbarung von Wassenaar als das Beste angesehen, was man auf dem Gebiet des Sozialvertrags erreichen kann. Aber das Attentat auf Theo van Gogh 2004 hat die niederländische Gesellschaft zutiefst verstört: man wurde sich klar, dass ein gewisses „soziales Wohlergehen“ noch keine Gesellschaft ausmacht. Das soziale Gleichgewicht ist notwendig, aber nicht hinreichend. Das Motto „Jeder hat eine Arbeit, aber bleibt ansonsten unter seinesgleichen“ ist auf längere Zeit nicht lebbar. Man kann daher im Jahr 2012 über soziale Kohäsion nicht mehr dasselbe denken wie 1982: Fragen der Identität, des Wohnumfeldes, der Erziehung (einschließlich der Erziehung zur Gewaltlosigkeit und zur Trennung von Kirche und Staat), Fragen hinsichtlich der persönlichen wie auch der sozialen Bindungen müssen thematisiert werden.

Ausgehend von dem, was sich in den Niederlanden getan hat, und unter Einbeziehung aller wichtigen Fragen ist es unerlässlich, auch in Frankreich ähnliche Verhandlungen durchzuführen. Denn durch Dekrete oder in Hinterzimmern konzipierte Gesetze werden wir

aus der Krise nicht herauskommen. Und die Zeit für Debatten und für Verhandlungen müssen wir uns nehmen.

Sollte die Linke 2012 gewinnen, muss sofort eine gesellschaftliche Debatte angestoßen werden; man sollte sich 2, 3 Monate Zeit nehmen, um mit den Sozialpartnern alles auf den Tisch zu packen (Renten, Arbeitslosigkeit, Finanzierung der Sozialsysteme...) **und einen neuen Sozialvertrag erarbeiten**, über den anschließend in einem Referendum entschieden wird. Das Referendum ermöglicht eine breite öffentliche Debatte und garantiert im Fall einer Zustimmung eine große Stabilität der neuen Spielregeln. Diese Stabilität ist essentiell, denn Unternehmer wie Gewerkschaften beklagen sich oft über die Instabilität der Regeln auf sozialem Gebiet.

Bekämpfung der Einkommensungleichheit

Wenn man alle unsere Vorschläge annehmen würde, könnte man innerhalb von 5 Jahren 2 Millionen Stellen schaffen¹. Ein solches Beschäftigungsvolumen zu schaffen ist wahrscheinlich das beste Mittel gegen eine Rezession² und das beste Mittel, Verhandlungen über Arbeitsbedingungen oder Löhne wieder in ein Gleichgewicht bringen zu können.

Doch um gegen die Ungleichheit der Einkünfte anzugehen, muss im Parlament eine Debatte darüber stattfinden, wie groß in einer Republik, deren Fundamentalprinzipien nicht nur die Freiheit, sondern auch die Gleichheit und die Brüderlichkeit sind, die Einkommensunterschiede maximal sein dürfen, um noch akzeptiert zu werden.

Während langer Zeit hat unsere Ökonomie funktioniert, ohne dass ein Vorstandsmitglied mehr als das 20fache des Mindestlohns erhalten hat. Der 20fache Mindestlohn, das ist schon was! Heute hat eine wachsende Zahl von Frauen und Männern weniger als den Mindestlohn, während andere das 30fache, 100fache, 400fache verdienen.

Debattieren muss das Parlament über dieses Niveau an Ungleichheit, das aus ethischen wie aus ökonomischen Gründen jedes Sinnes entbehrt. Dabei müssen alle konkreten Maßnahmen ins Auge gefasst werden, mit denen die Politik diese Ungleichheiten angehen kann. Warum sollten etwa öffentliche Aufträge nicht nur Unternehmen vorbehalten sein, deren Gehaltsgefälle die Werte der Republik widerspiegeln?

[www. Roosevelt2012.fr](http://www.Roosevelt2012.fr)

¹ Massive Investitionen in Wohnungsbau, Energiewirtschaft und erneuerbare Energien. Trennung von Depot- und Investmentbanken, was zu mehr Investitionen bei Klein- und Mittelbetrieben führen würde. Entwicklung einer solidarischen und sozialen Ökonomie, Bekämpfung der Standortverlagerungen, Verhandeln einer anderen Arbeitszeit...

² Wenn zwei Millionen Personen oder Familien wieder ein Einkommen haben und die anderen sich weniger Sorgen um die Zukunft machen, kann das nur positive Auswirkungen auf die Wirtschaft haben.